

POLITISCHE KRISE UND DEMOKRATISCHE BEWEGUNG IN DER BRD — NACH DER WAHL 1976

Anläßlich der Bundestagswahlen in der BRD hat die SOPO eine Diskussion veranstaltet, an der die Westberliner Sozialwissenschaftler Sebastian Herkommer, Urs Jaeggi und Robert Katzenstein teilnehmen. Die Wahlresultate selbst sollten nur Ausgangspunkt für weitergehende Analysen sein. Folgende Ausgangsfragen lagen vor:

1. Was für ein politisches Bild vermittelt das Wahlergebnis?
2. Wie kann man die künftige Entwicklung einschätzen, wenn man dieses politische Bild mit der erwartbaren ökonomischen Entwicklung in den nächsten Jahren verbindet?
3. Was ergibt sich daraus a) für die Entwicklung der politischen Herrschaftsformen (autoritäre Herrschaft oder Demokratie), b) für die Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen?

Jaeggi: Ganz vordergründig ist es ja so, daß sämtliche Parteien vom zweitbesten Ergebnis gesprochen haben; die SPD sagt, wenn man das 72er Ergebnis als ein Sonderergebnis berücksichtige, daß die Bevölkerung jetzt wahlmäßig polarisiert gewesen sei, daß man aufgrund der letzten Landtagswahlen davon ausgehen mußte, daß Verluste stattfinden: Dann könne man zum Wahlergebnis selbst eine Tendenzwende nicht feststellen. Und offensichtlich haben in Westeuropa die Sozialdemokratischen Parteien, dort, wo es keine Kommunistischen Parteien gibt, ein Reservoir von 40 bis 45 % und liberale Gruppierungen zwischen 5 und 10 %. Das Ergebnis entspricht so dem europäischen Durchschnitt. Schmidt sagte ja im Nachhinein sehr polemisch, links von der SPD gebe es nur noch 0,5 % Stimmen; Willy Brandt hat hier freilich meiner Meinung nach sehr viel richtiger von einem linken Reservoir zwischen 5 und 10 % gesprochen. Ich halte das auch unter deutschen Verhältnissen für realistisch. Allerdings muß man sich halt dann die Frage stellen: Wie ist dieses Wählerpotential realisierbar?

Herkommer: In dieser Verteilung der Stimmen ist nicht ohne weiteres schon ausgedrückt, daß es sich um linkes Potential handelt — oder was darunter zu verstehen ist, müßte dann noch diskutiert werden. Die Qualität desselben Stimmenanteils kann sich heute anders darstellen als vor 4 Jahren oder vor 7 Jahren, zumal Befragungen ergeben haben, daß dieses Potential selber eine Rechtsentwicklung durchgemacht hat. Also, ich kann mir nicht vorstellen, warum eigentlich alle großen Parteien diesen starken Rechtstrend mitgemacht haben, wenn es dafür nicht gewisse Voraussetzungen gegeben hätte im Bewußtsein der Bevölkerung. Unsere Untersuchung* hat gezeigt, daß die, wie soll man sagen, Offenheit für autoritäre Parolen recht erklecklich ist. Diesem Rechtstrend hat sich meiner Auffassung nach auch die SPD angeschlossen und deswegen würde ich nicht so ohne weiteres nun in diesen 40 % ein unveränderlich gleiches linkes, gar europäisches Potential ansiedeln wollen.

* Vgl. Ch. Bierbaum, J. Bischoff, D. Eppenstein, S. Herkommer, K. Maldauer, A. Martin, Trend zum Konservativen?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7'76. Dies., Bewußtsein der Lohnabhängigen 1975/76, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Sonderheft 1, 1976. Dies., Ende der Illusionen?, Frankfurt/M. 1977.

Jaeggi: Das ist schon richtig; aber ob man das schon als Rechtstrend apostrophieren kann, glaube ich nicht; die SPD hat sich zwar seit Brandt nach rechts verschoben; nur daraus jetzt auf ein stets wachsendes rechtes Potential zu schließen, halte ich für falsch. Die Tatsache etwa, daß in Nordrhein-Westfalen — Biedenkopf und andere haben ja gerade dort mit einem Umschwung gerechnet — gerade dort hat es keinen Wählertrend nach Rechts gegeben.

Katzenstein: Wenn ich jetzt mal kurz etwas dazu sagen könnte. Ich gehe ein bißchen anders an die Sache heran. Für mich ist die Wahl eine Art Querschnitt durch politisches Bewußtsein bzw. fehlendes politisches Bewußtsein, aber eben doch Bild der Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Entwicklung in der Bundesrepublik. Und mir scheint, daß diese Wahl ganz stark geprägt worden ist durch Unsicherheit. Und zwar erstens einmal ein Gefühl sozialer Unsicherheit, d. h., die Krise hat sich bemerkbar gemacht; Angst um die Lebensgrundlage, um den Arbeitsplatz, um die Lohnentwicklung in der Zukunft, um die Meisterung der Krise. Das hat wahrscheinlich sehr viel dazu beigetragen, daß die Leute SPD gewählt haben, weil sie einfach angenommen haben, daß die SPD diese Fragen doch eher sozial löst als gegen die Interessen der Betroffenen; sie haben dies angenommen, obwohl sie selbst keine genaue Vorstellung von den Möglichkeiten und Grenzen solcher Lösungsformen im Kapitalismus haben. Das zweite Moment war politische Unsicherheit. Einmal in Bezug auf die Siegesmöglichkeit der SPD, d. h. daß eine ganze Reihe von Wählern, die sonst wahrscheinlich links gewählt hätten — linker als SPD —, tatsächlich SPD gewählt haben, weil sie Angst um verlorene Stimmen hatten. Insofern schwimmt das Bild, und insoweit würde ich Urs Jaeggi unterstützen, wenn er sagt, daß die Wahl nicht unbedingt einen Rechtstrend zeigt. Dazu kommt eine Unsicherheit in bezug auf die Alternative zur SPD. D. h., die Wahl der DKP ist aus politischen Gründen ausgeschieden, weil man relevante Meinungsunterschiede zu ihr hat. Da sind auch Rückstände des Antikommunismus in dem Sinne im Spiel, daß die Bedenken gegenüber der DKP eine Stimmabgabe für sie verhindern, obwohl man eine linke Alternative zur SPD sucht und sich auch dessen bewußt ist, daß sie notwendig ist. Dennoch ist man unschlüssig, ob sich so das richtige linke Spektrum erreichen läßt und wird deshalb in die Bewegung der SPD nach rechts mit hineingezogen. Das Bild sagt also nicht mit Sicherheit etwas über eine Tendenzwende aus, aber mir scheint doch, daß wir durch die Entwicklung — nicht durch die Wahl, sie ist nur ein Bild dafür — heute an einem gewissen Schnittpunkt angekommen sind, an dem doch wichtige Richtungen der Entwicklung bestimmt werden; Richtungen in bezug auf die Frage, ob die Entwicklung weiter demokratisch verlaufen wird oder ob wir autoritäre Staatsformen zu erwarten haben. Was die Wahl ganz deutlich gezeigt hat, ist eben doch, daß bei ihr weniger das Bewußtsein der Gesamtproblematik als vielmehr das Gefühl oder der Instinkt, wie immer man das nennen will, eine Rolle gespielt hat. Wie weit die Unsicherheit hier bei den Leuten verbreitet ist, das zeigt sich auch darin, daß ein doch starker Trend zu autoritären Persönlichkeiten da ist. Ich habe gerade jetzt noch einmal kurz in die „Stern“-Umfrage „Jugend 76“ reingeschaut. Da zeigt sich doch, daß es einem großen Teil der Jugend — 28 % sind es ungefähr, gegenüber 19 % 1968 — völlig egal ist, welche Staatsform herrscht. Hauptsache ist, es ist ein energischer Mann da, ein Sachkenner, ein Mann mit Sachverstand usw. Das sagt noch nichts über die politische Richtung aus. Aber es zeigt eben, was ich vorhin mit „Weichenstellung“ meinte, d. h., hier liegt ein Potential, wo über die Richtung entschieden werden kann. Über die Richtung selbst wird noch nichts ausgesagt, denn es zeigt sich auf der anderen Seite, daß innerhalb

dieser Jugend ein größerer Teil eigentlich links eingestellt ist.

Jaeggi: Eben, und ich meine: Selbst die Untersuchung im „Stern“ zeigt das, und dies zeigt sich auch an den Universitäten und in den Schulen. Die Frage ist: Inwieweit hat sich nach 68 ein surplus nach links, ein modischer Trend entwickelt, der jetzt wieder abfällt. Daß 25 % der Jugendlichen staatsgläubig und autoritätssüchtig sein sollen: Das finde ich an sich noch nicht so alarmierend. Denn trotz allem hat sich die Mehrheit für die SPD, für die sozialliberale Koalition muß man ja fairerweise sagen, entschieden. Es steht jetzt ungefähr eins zu eins, mit einem kleinen Überhang für die sozialliberale Koalition.

Katzenstein: Ja, sie tendieren an sich nach links, aber das ist Instinkt, wenn man so will: Klasseninstinkt, von ihrer sozialen Lage her fühlen sie sich besser aufgehoben ‚links‘.

Jaeggi: Ja, traditionell. „Instinkt“ gibt es höchstens bei der Gruppe, die man als Wechselwähler bezeichnen kann; da gibt es inzwischen eine wachsende Zahl auch Hochqualifizierter, die im entscheidenden Moment doch das Gefühl haben, bei der sozialliberalen Koalition auf den Fortschritt zu setzen.

Herkommer: Die Rede von dem ‚an sich tendieren sie nach links‘ und ‚eigentlich sind sie links orientiert‘ und dem Instinkt, daß sie eine Vorstellung hätten oder ein Gefühl hätten von ihrer Klassenzugehörigkeit, das erinnert mich sehr an die Untersuchungen, die immer zu dem Ergebnis gekommen sind, die Menschen seien ambivalent in ihren Einstellungen. Sie sind eigentlich links, wie du sagst, aber sie wählen CDU! Gerade unter den Jugendlichen hat sich ja gezeigt, daß die Erstwähler zum ersten Mal in etwas stärkerem Maße CDU gewählt haben.

Jaeggi: Sie haben weniger stark SPD gewählt als die Generation der Erstwähler von 1972.

Herkommer: Also, worauf ich hinausmöchte, ist, daß es doch eigentlich der Erklärung bedarf, wie in diesem von Dir auch beschriebenen konjunkturellen Verlauf — Du hast es sozusagen in politischen Konjunkturen ausgedrückt — überhaupt erklärbar ist, daß einmal die eine Seite und dann offenbar wieder die andere Seite eines offenbar widersprüchlichen oder ambivalenten Verhaltenspotentials zur Geltung kommt.

Katzenstein: Ja, das ist eben das Problem des Bewußtseins. Was da so ganz deutlich zum Ausdruck kommt, ist eben, daß es keine bewußte Haltung ist. Es ist eine Haltung, die aus vielen Faktoren geboren wird, aber die nicht bewußt politische entscheidet. Hier liegt auch der Mangel. Sicherlich kann man von einer Tendenzwende nicht reden. Wenn man die längerfristige Entwicklung nimmt, und den Sprung der Studentenrevolte und der folgenden politisierten Jahre einmal ausklammert, dann zeigt sich ein Rückfall auf das Jahr 1964, aber nicht ganz mit denselben Ergebnissen wie 64, sondern mit einer Verschiebung nach links. Aber was mich bei der Wahl so unerhört beeindruckt hat, ist, daß das Ganze kein bewußter Prozeß und keine bewußte Entscheidung ist. Hier ist eben für die Zukunft noch alles offengelassen. Hier fehlt ganz einfach das, was an sich die Aufgabe der Parteien wäre, speziell die Aufgabe der SPD: die Mobilisierung von Bewußtheit, die Förderung der Bewußtheit, das Streben, Bewußtsein zu schaffen über die eigene Stellung in der Gesellschaft, über die eigene Haltung und über die eigene Handlung.

Jaeggi: Ich würde erst einmal das Gegenteil behaupten. Ich würde sagen: obwohl es im Wahlkampf so ausgesehen hat, als ob es sich um einen Wahlkampf zwischen verschiedenen Sorten Waschmittel handele, hat die CSU nicht zufällig klassenkämpferische Thesen formuliert und mit dem Polarisierungsschlagwort ‚Freiheit oder Sozialismus‘ die Bewußtseinsbildung forciert,

die Abstimmung darüber angestrebt. Wenn man es von dort her sieht, war es ein Linkserfolg, weil über 50% sich für die Parole ‚Freiheit *und* Sozialismus‘ entschieden haben, gegen die Parole ‚Freiheit *oder* Sozialismus‘. Wenn eine Tendenzwende stattgefunden hat, dann nicht im Bewußtseinsbereich, sondern im ökonomischen. Die „goldenen Jahre“ der BRD sind, wie wir wissen, vorbei; wir stehen zum Beispiel vor dem Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit. Ich glaube allerdings nicht, daß für den Wahlentscheid ökonomische Probleme den Ausschlag gegeben haben; diese gelangen zwar zusehends ins Bewußtsein, aber ich glaube nicht, daß es viele Wähler gibt, die davon ausgegangen sind, daß die eine oder andere Regierung jetzt die strukturellen ökonomischen Schwierigkeiten von heute auf morgen bewältigen kann. Es ging wirklich nur darum, denjenigen Parteien das Vertrauen zu schenken, die es ein bißchen besser als die anderen machen.

Und *darin* würde ich die Tendenzwende sehen: Es wurde über etwas entschieden, was auf der Bewußtseinsebene jetzt noch gar nicht so deutlich seinen Niederschlag gefunden hat.

Katzenstein: Na, ja, bloß die Frage ist doch: Wie kann man die ökonomischen Probleme lösen? Und was die Richtung der Entscheidung bei den Wählern veranlaßt hat, ist doch bei denen, die SPD gewählt haben, nicht etwa das Gefühl, daß die SPD das besser lösen kann, sondern, daß sie das Gefühl haben, daß die Lösung sozialer ausfallen wird.

Herkommer: Und dadurch besser.

Jaeggi: Also da würde ich schon jetzt sagen: besser für sie.

Herkommer: Genau.

Herkommer: Ich glaube, die Wähler haben wirklich die Erwartung gehabt, es entscheidet sich in dieser Wahl, ob wir wieder die Verhältnisse zurückerhalten können, die uns diese ganze Prosperität gebracht haben. Und daß die SPD überhaupt noch gerade über die Runden gekommen ist, ist ja tatsächlich zu danken dem langsam spürbaren Aufschwung im neuen ökonomischen Zyklus. Da also das immer identifiziert wird, die ökonomische Bewegung mit den Repräsentanten, die die politische Herrschaft ausüben, würde ich sagen, ist da ein gewisses Vertrauenspotential angesprochen: Man traute eben doch der SPD/FDP-Koalition ein bißchen eher zu, den Karren wieder aus dem Dreck ziehen zu können. Aber die Vorstellung war durchaus die, die vorherigen Prosperitätsverhältnisse wiederherstellen zu können, und das ging zusammen mit den Vorstellungen von der Freiheit, der Gerechtigkeit und den für jeden einzelnen bestehenden individuellen Spielräumen.

Jaeggi: Daß das nicht stärker verfangen hat, ist immerhin unter den gegebenen ökonomischen Schwierigkeiten erstaunlich. Daß viele, eben doch noch die Mehrheit der Wähler, gesehen haben, daß die Rückkehr zu diesem konservativen Denken nicht mehr möglich ist. Daß dieses marktwirtschaftliche und sei's auch noch bißchen sozial verkleisterte Denken nicht die Zukunft sein kann, das gibt doch, wie geringfügig auch immer, der sozialliberalen Koalition eine Chance.

SOPO: Darf ich da noch mal einhaken. Urs Jaeggi geht jetzt schon ein auf die Funktion der Wahlresultate als Basis der künftigen Politik. Wenn wir noch einen Augenblick beim Bewußtsein bleiben. Da würde mich noch mal Herkommers These interessieren, inwieweit die Identität wahrgenommen wird von ökonomischer Bewegung und politischen Repräsentanten. Und inwieweit das gerade für das diesmal besonders umkämpfte Potential der Wechselwähler oder Mittelschichten, die also irgendwo zwischen diesen beiden Parteien angesiedelt sind und fluktuieren, gelten kann. Also die Frage, inwieweit die Schichten,

die der SPD dieses Mal gerade noch mit knapper Not zum Sieg verholfen haben, zumindest nicht deutlich genug auf die CDU-Seite gerutscht sind, um einen Sieg der CDU/CSU gewährleisten zu können, inwieweit bei denen gerade so'n Bild der Einheit von ökonomischer Bewegung und ihren politischen Repräsentanten vorhanden ist oder ob die nicht doch differenzieren und wie das sich zu ihrem Wahlverhalten verhält.

Herkommer: Die Einstellung den politischen Instanzen gegenüber, repräsentiert im Staat, scheint die zu sein, daß vom Staat her die soziale Gerechtigkeit am ehesten herzustellen ist. Es ist festzustellen, daß die Menschen in der Bundesrepublik wie in anderen kapitalistischen Gesellschaften die Vorstellung sehr wohl haben, daß es recht krasse soziale Gegensätze gibt, daß aber diese sozialen Gegensätze mit Hilfe von staatlichen Maßnahmen und mit Hilfe bestimmter sozialer Kräfte, vor allem der Gewerkschaften, beseitigt werden können. Darin steckt die durchaus bürgerliche Vorstellung, daß am wachsenden Reichtum alle, und zwar in gleicher Weise, partizipieren können; sie wird vermittelt über die staatlichen Instanzen, die ja auch sichtbar mit Sozialpolitik und sozialen Reformen zu mehr Gerechtigkeit beitragen können, allerdings nur in günstigen ökonomischen Phasen und unter bestimmten Bedingungen der politischen Kräfteverhältnisse. Nun ist ganz offensichtlich, daß die Bevölkerung verunsichert worden ist durch diesen erheblichen wirtschaftlichen Einbruch, und viele beginnen zu ahnen, daß auf der Basis der bestehenden Verhältnisse diese Gerechtigkeit nicht herstellbar ist. Ob das schon auf die Ebene der Produktionsverhältnisse projiziert wird, kann man in Zweifel ziehen. Es gibt da jedenfalls diese Tendenz, daß der Staat oder die Politiker identifiziert werden mit der ökonomischen Bewegung. Nachdem sich jetzt Anzeichen ergeben haben, daß die SPD/FDP-Koalition im Management der Krise doch noch reüssiert, werden also selbst die eingestellten Reformmaßnahmen sozusagen verkraftet; es wird noch einmal — ein letztes Mal, so hat man den Eindruck — dieser politischen Form hinreichendes Vertrauen geschenkt. Aber es war wirklich ein äußerst knappes Ergebnis, es hätte genauso gut schon umschlagen können. Interessant finde ich jetzt eher noch die Frage, warum schlägt es gerade eben in diese Richtung um? Warum schlägt es also nicht dahin um, daß es ein wirklich geschärftes linkes Politikpotential, Kritikpotential, gibt? Da reicht natürlich die 5%-Klausel als Erklärung nicht hin, obwohl das zunächst einmal eine plausible, auf der politischen Ebene wichtige Erklärung für die Schwierigkeiten der deutschen Kommunisten ist.

Jaeggi: Man muß ja genauso fragen: Warum hat's nicht nach rechts umgeschlagen? Die Wählergruppen, die verunsichert sind und die wissen, und im Grunde genau schon wissen, daß auch ein noch so gutes Krisenmanagement die Krise nicht mehr in der Form bewältigen kann, wie das noch vor 10 bis 15 Jahren möglich schien, haben sich eben trotzdem noch einmal für die sozialliberale Koalition entschieden und sind nicht nach rechts abgewandert, was ja auch eine Möglichkeit gewesen wäre. Oder eben die andere Möglichkeit, Abwanderung nach ‚links‘, jenseits der sozialliberalen Koalition. Da finde ich es natürlich ein aufsehenerregendes Ergebnis, daß die DKP z. B. nicht über die 0,3 % hinausgekommen ist. Da kann man zwar die 5%-Klausel oder den Antikommunismus wieder anführen, wie man's schon immer gemacht hat; nur gibt's eben diesmal doch einen Unterschied. Im Gegensatz zu den Wahlen von 1972 und zu früheren Wahlen hat mindestens bei der Schicht der Intelligenz eine Verschiebung insofern stattgefunden, als dieses Mal Protestwähler zu einem schönen Teil doch die DKP oder linke Parteien gewählt haben und nicht die SPD oder die FDP. Und trotzdem stagniert

das Wählerpotential. Man hätte dieses Mal tatsächlich davon ausgehen können, daß, und zwar gerade unter der Prämisse, daß die Wahl sehr knapp ausfällt, und gerade unter der These, daß z. B. die Regenerierung der SPD durchaus notwendig gewesen wäre, sie als Oppositionspartei bessere Chancen gehabt hätte; trotzdem hat sich die Linke nicht durchsetzen können. Warum?

Katzenstein: Ich würde sagen, die 5%-Klausel spielt natürlich schon eine Rolle. Das sieht man dort, wo sie überwunden ist. Es spielt einfach eine Rolle, daß der DKP die Möglichkeiten genommen sind, sich zu profilieren. Dort, wo sie sich profiliert hat, einfach weil sie die 5%-Klausel schon überwunden hat und in den Stadtparlamenten drin war, dort zeigt sich ja auch, daß sie das Ergebnis verbessern konnte, daß sie als Alternative tatsächlich einige Anerkennung gefunden hat. Das ist im Gesamtmaßstab Bundesrepublik nicht der Fall. Und das spielt natürlich eine große Rolle, gerade in einer solchen Situation, wo es ein Kopf-an-Kopf-Rennen gibt, wo die potentiellen Wähler, die unter Umständen in der Wahl der DKP eine Alternative sehen könnten, SPD wählen, einfach, um diese Koalition noch einmal zur Regierung zu bringen.

Aber mir scheint doch eins wichtig zu sein: Wie wird die Entwicklung weitergehen, wenn jetzt die Stabilisierung der ökonomischen Situation, die vielleicht möglich ist — sicherlich möglich ist, wenn man nur Kapitalinteressen im Auge hat —, wenn diese Stabilisierung auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung gehen muß, Arbeitslosigkeit mit sich bringt? Anders ist eine Stabilisierung nicht denkbar, das zeigt sich ja jetzt deutlich. (Jaeggi: Frauen aus dem Arbeitsprozeß drängen!) Genau! Und alle anderen Fragen, die damit zusammenhängen, Inflation usw. Wie wird sich das dann auf die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik auswirken, wenn links von der SPD von großen Mehrheiten noch keine Alternative gesehen wird? Kommt dann nicht dieser Ruck nach rechts, d. h. die Akzeptierung autoritärer Strukturen — und das können dann nur rechte autoritäre Strukturen sein —, kommt der dann nicht zum Tragen? In solch einer Situation, meine ich, ist das Bewußtsein außerordentlich wichtig. Hier zeigt sich dann, was mir bisher gefehlt hat, auch im Wahlkampf gefehlt hat, aber überhaupt im Verhalten der demokratischen Parteien im Bundestag gefehlt hat, daß man den Leuten in's Bewußtsein hebt, was hier eigentlich für eine Situation gegeben ist und was erforderlich ist, um diese Situation zu meistern. Hier steht jetzt die Frage der echten Reform.

Jaeggi: Ja, wobei's hier halt unheimlich perspektivisch wird, weil selbst wenn wir annehmen, daß das praktisch jetzt das letzte Mal ist, daß die sozial-liberale Koalition in absehbarer Zeit die Regierung führt, selbst dann würde ich eben nicht so unbedingt sagen, daß die Alternative jetzt heißt: Autoritäre Strukturen. Zunächst wäre die Alternative eine CDU/CSU-Regierung. Da kann man davon ausgehen, daß die Sache autoritär wird, aber das heißt nicht, daß sich der Faschismus quasi schon durchgesetzt hätte, weil die CDU/CSU in sich ja wiederum sehr zwiespältig ist, d. h. es gibt ja in der CSU, stärker natürlich in der CDU, tatsächlich mit der SPD/FDP auswechselbare Positionen. D. h. man kann durchaus vermuten, daß Teile der jetzigen Politik fortgeführt würden, fortgeführt werden müßten.

Herkommer: Dem würde ich zustimmen. Aber eins ist trotzdem ziemlich klar. Wenn man die These akzeptiert, daß die großen Parteien dieses Mal schon der Bevölkerung nachgelaufen sind, nach rechts, und daß die CDU bloß deshalb noch nicht rangekommen ist, weil die SPD, soweit es ihr überhaupt in ihrem eigenen Rahmen möglich war, ihre eigene Vergangenheit verleugnet hat, und die JUSO-Linke sich wieder am Riemen nahm, daß es schon zum Verlust ihrer Identität geführt hat, so weit, daß dieser Prozeß der Rechtsentwicklung

noch aufgefangen werden konnte, dann ist das doch nicht beliebig fortzusetzen. Ob das dann schon direkt zur personalen oder faschistischen Form der Herrschaftsausübung führt, das läßt sich so ohne weiteres nicht sagen, da kann man nur abstrakt sagen, daß das die letzte Möglichkeit für die Bourgeoisie wäre, ihre ökonomische Herrschaft fortzusetzen. Ich möchte an einem Punkt von Dir, Robert Katzenstein, einsetzen, wo Du gesagt hast, die ökonomische Entwicklung ist zu stabilisieren. Hier habe ich doch meine Zweifel, ob man das so fassen kann. Du hast selber schon Voraussetzungen genannt, die eigentlich die Stabilisierung in Frage stellen. Denn die Arbeitslosigkeit, mit der jetzt alle rechnen, dieser ‚Sockel‘ nicht aufhebbarer struktureller Arbeitslosigkeit, der hat ja Folgen. Und es bleibt ja nicht bloß bei der Arbeitslosigkeit; wenn dieser ökonomische Zyklus zu Ende geht, dann werden noch eine ganze Reihe anderer Rechnungen präsentiert. Das hat nämlich Konsequenzen, so daß der Bereich der staatlichen Ausgabenpolitik so eingeengt ist, daß die Verwertungsprobleme des Kapitals sich fortsetzen und durchschlagen auf eine ganze Reihe abgeleiteter Bereiche; betroffen wären etwa die im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Konsequenzen zeigen sich längst schon im Abbau von Sozialleistungen, im quantitativen und qualitativen Rückgang der öffentlichen Versorgungsleistungen etc. Ich möchte also der These, daß es auf jeden Fall irgendwie machbar sei, von Seiten des Kapitals oder durch den Staat, wenn man nur das entsprechende Instrumentarium einsetzt, doch mit einigem Zweifel begegnen.

Jaeggi: Ich habe die These so verstanden, daß im Grunde genommen die amerikanische ‚Lösung‘, daß eigentlich trotz struktureller Arbeitslosigkeit und all diesen Faktoren, die Du aufgezählt hast, das ökonomische System selbst dennoch erhalten bleibt, nicht jetzt schon aufhebbar ist. Jedenfalls kann es noch längere Zeit zu einer ‚Stabilisierung‘ kommen. Ich würde also auch glauben, daß trotz der Krisenerscheinungen, die sich ja in den letzten Jahren verschärft haben, Systemaufhebung nicht die einzige Lösung ist, was Du schon angedeutet hast. Zwar wird etwa bei den Angestellten und Beamten der Rationalisierungsdruck enorm wachsen, was Folgen haben wird. Bislang scheinbar gesicherte Gruppen werden ihre Privilegien weitgehend verlieren. Es ist deshalb jetzt schwierig, das Bewußtsein dieser Gruppen richtig einzuschätzen; sie können sich in den nächsten Jahren so oder so entscheiden, nach links oder nach rechts und sicher werden sie dies uneinheitlich tun.

Katzenstein: Wenn ich von Stabilisierung spreche, dann meine ich das im englischen Sinne, d. h. eine Bewegung des Kapitals ist möglich, es wurschelt weiter (Jaeggi: Im englischen Sinne nicht, eher amerikanisch.). Ich meine es etwas schlimmer als amerikanisch, weil die Verhältnisse nicht mehr dieselben sind, wie sie es vor 20-25 Jahren in den USA waren. Als in den USA die technische Revolution begann, da ist die Arbeitslosigkeit sprunghaft gestiegen, aber die technische Revolution hat doch so viel Schwung in den Prozeß der Kapitalverwertung gebracht, daß das System selber mit Krise und mit Arbeitslosigkeit weiter existieren konnte. Heute sieht die Situation etwas anders aus. Heute bedeutet eine technische Revolution, die zweite Etappe der technischen Revolution sozusagen, Massenarbeitslosigkeit. Wir sehen das an den Betrieben, in denen heute grundsätzlich rationalisiert wird. Dort finden wirklich Massenentlassungen statt. Wenn heute rationalisiert wird aufgrund neuer Technik, dann verschwinden eben 40,50 % der Arbeitsplätze. Und wenn man das vom Einzelbetrieb, wo sich ganz krass zeigt, was für Folgen ein solcher technischer Sprung hat, auf die Gesamtwirtschaft überträgt, dann bedeutet das zwar nicht 50 % Arbeitslosigkeit, aber eben einen chronischen Sockel erheblicher Arbeitslosigkeit. Deshalb würde ich heute nicht mehr am Beispiel

Rationalisierung

der USA anknüpfen, ich würde eher am Beispiel England anknüpfen, weil dort schon sichtbar wird, daß diese Prozesse ungeheure soziale Fragen mit sich bringen — und sozialen Sprengstoff beinhalten.

Wenn ich von der Möglichkeit einer gewissen Stabilität rede, so meine ich das nur vom ökonomischen Standpunkt und diesen auch nur aus der engen Sicht des Kapitals gesehen. Für die Lohnabhängigen bringt das ungeheure Probleme mit sich. Ich knüpfe da also schon an englische Verhältnisse an. Es kommt hinzu, daß diese Form der Krisenregulierung die Krisen ja nicht eigentlich löst, sondern die Konflikte überbrückt. In dieser Beziehung unterscheiden sich englische und sozialliberale Wirtschaftspolitik nur in Nuancen. Die Krisen kumulieren daher, werden schwerer und bringen das System periodisch an den Rand des Abgrunds. Das zeigt die Entwicklung, und England ist uns da nur um einige Jahre voraus.

Was mich unter solchen Bedingungen als Frage bewegt: Wenn wir einen politischen Querschnitt analysieren, wie er sich jetzt in der Wahl gezeigt hat, der eben sichtbar macht, daß die Menschen aus Unsicherheit reagieren, daß sie im Grunde genommen nicht aus einer Kenntnis der Probleme und mit einer Kenntnis der Grenzen der Lösungsmöglichkeiten innerhalb des Kapitalismus, mit einer Vorstellung von Alternativen, mit einer bewußten Vorstellung von Alternativen — ob sie die zunächst akzeptieren oder nicht, ist eine zweite Frage —, ja mit einer bewußten Vorstellung von einer Alternative herangehen, wie wirkt sich das dann auf die politische Entwicklung in der BRD aus, in der Zukunft, wenn diese ökonomischen Probleme hier aufbrechen? Natürlich ist das von mir einfach überspitzt, wenn ich sage, das wird leicht umschlagen in eine faschistische Diktatur. Ich sehe das auch so, daß zunächst eine Herrschaft der CDU/CSU kommt, und es hängt von einer Fülle von Faktoren ab, wie weitgehend das dann mehr oder weniger autoritär ist. Die CDU/CSU hat ihren Flügel von Lohnabhängigen, sie ist keine einheitliche Partei und da spielen noch eine ganze Reihe von Faktoren eine Rolle. Aber es beunruhigt mich doch irgendwie, daß hier gerade diese Fragen im Wahlkampf völlig ausgeklammert worden sind und auch jetzt, nach diesem Wahlkampf, ausgeklammert werden.

SOP: Da habe ich mal zwei Fragen in diesem Zusammenhang. Einmal muß man doch sagen, phänomenologisch sieht's doch ein bißchen anders aus, als die These der bürgerlichen Politikwissenschaft es wahrhaben will, daß im Zuge der Konkurrenz um die Wechselwähler eine Annäherung der Parteien in der Programmatik und den Werbemethoden und den Inhalten, die mit diesen Methoden verkauft werden, sich vollzieht. Das ist zunächst einmal nicht in dem Umfang eingetreten, wie man das vermutet hat. Natürlich kann man sagen, die SPD hat versucht, die CDU rechts zu überholen mit ihrem schwarz-rot-goldenen Aufkleber; aber es hat doch auch gegenläufige Momente gegeben, diese Zuspitzung in den Parolen ‚Freiheit statt Sozialismus‘, ‚Freiheit oder Sozialismus‘. Das zweite Problem ist, daß natürlich bei der Mehrzahl der Wähler kein Bewußtsein über den Umfang der Krise und die Möglichkeiten einer Einwirkung auf diese Krise vorhanden ist. Daß aber natürlich das Wahlverhalten und die politischen Konzeptionen zur Lösung der Krise noch auf eine andere Art und Weise zurückgekoppelt sind, nämlich über das Problem der Interessen der Massenbasis der jeweiligen Partei, was auch schon angesprochen worden war; die CDU hat einen Arbeitnehmerflügel usw. Das wäre also die Frage, wie man jetzt den objektiven Spielraum für die Konzeption zur Krisenregelung und -bewältigung, egal in welchem Sinne, abstecken könnte, indem man versucht, diese politischen Konzeptionen und ihre jeweiligen Repräsentanten bzw. den Handlungsspielraum ihrer Repräsentanten zurückzubeziehen auf die Basis, die

im Wahlergebnis erkennbar geworden ist, als Fundament oder als Basis der politischen Konzeption.

Jaeggi: Ich weigere mich zu sagen: Es war kein Bewußtsein vorhanden. Da müssen wir uns einfach fragen, was für ein Bewußtsein *muß* denn da vorhanden sein! Sicher ist keines vorhanden im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus. Die Mehrzahl hat keine marxistische Analyse im Hinterkopf. Aber sie kennen z. B. ihre Arbeitsplatzsituation und die ihrer Kollegen. Man kann sich nicht vorstellen, daß die Rationalisierungsmaßnahmen und die Arbeitslosigkeit, der Zerfall der Währung und die Inflation, daß das alles sich im Bewußtsein nicht niederschlägt. Wovon sie sicher weniger Ahnung haben, ist — vom wissenschaftlichen Bewußtsein mal abgesehen —, wie man *programmatisch* pragmatisch die Krise überwinden kann. Nicht bloß war da in der Tat der Wahlkampf sehr milde, auch die Programme der Parteien selbst sind sehr unbestimmt und sehr unpräzise, z. B. der Orientierungsrahmen 1980 der SPD. Da wird ja immer noch das erfolgreiche Krisenmanagement angepriesen. Herr Schmidt hat im Wahlkampf ja auch permanent wiederholt, jetzt kommt der Aufschwung, der Abschwung ist vorbei, und wenn eine nächste Krise kommt, dann werden wir diese wie die gerade überwundene ‚klären‘. Er hat höchstens mal am Rande zugegeben, daß eben u. U. eine Dauerarbeitslosigkeit auf uns zukommt, daß da Probleme auf uns zukommen, die mit diesem Programm nicht mehr zu bewältigen sind; und davon hat die Gesamtbevölkerung, das will ich schon zugeben, wenig Ahnung, weil bisher unter dem Vorzeichen des nach wie vor bestehenden Weltimperialismus die westlichen Industriestaaten die internen Krisen nach außen exportieren konnten. Wie lange das noch gut geht? Darüber wird ja schon seit langem spekuliert. Und wie hier die bewußtseinsmäßige Umschichtung dann vor sich gehen wird, bleibt mindestens für die BRD im Bereich des Spekultativen. In Frankreich und Italien kann man in etwa schon die Lösung absehen.

Herkommer: Vielleicht kann ich da mal an eine These anknüpfen, die Jaeggi ganz am Anfang aufgestellt hatte und im ‚Argument‘* etwas weiter ausgeführt hat. Vielleicht kommen wir auf diesem Wege auch zur Einschätzung der Sozialdemokratie. Die These läuft ja wohl darauf hinaus, daß Du quasi von einem durchschnittlichen Potential von sozialdemokratischen oder linken Wählern in Europa ausgehst. Du hast auch die These aufgestellt, daß die Kommunisten in Italien, aber auch die in Spanien und Frankreich, im wesentlichen dem entsprechen, was hier die Sozialdemokraten an Wählerpotential für sich beanspruchen und mobilisieren können. Du hast damit die These verbunden, daß auf dem Weg, auf dem diese kommunistischen Parteien so viele Wähler mobilisieren konnten, sie unter der Hand selber zu sozialdemokratischen Parteien geworden sind.

Sie haben einen Sozialdemokratisierungsprozeß durchgemacht, sagst Du. Und diese These halte ich für falsch. Ich halte sie außerdem für gefährlich. Nicht nur, daß auch die FAZ darauf gedrungen hat, daß von solcher Änderung der Zielsetzung keine Rede sein könne, sondern angesichts der Parteiprogramme und der faktischen Politik kann davon wirklich keine Rede sein. Diese entscheidende Differenz müssen wir im Auge haben, wenn wir uns die Frage stellen, was angesichts einer ökonomischen Krise, von der wir ja ausgehen und die sich nach kurzer Erholung verschärfen dürfte, von den politischen Kräften auf der Linken zu halten ist, um die von uns befürchtete Tendenz einer auto-

* U. Jaeggi, Taktik, unaufhaltsamer Sozialdemokratisierungsprozeß oder ein „neuer“ Kommunismus, in: Das Argument 98, Juli/August 1976.

ritären Entwicklung zu verhindern. Das ist, glaube ich, die entscheidende Frage. Die Krisenbewältigung als solche regt mich dabei weniger auf als die Frage, ob die Krisenbewältigung nicht die Form der personalen Herrschaft annimmt. Umgekehrt, und positiv ausgedrückt, ob die Krise das Medium der Umwandlung sein kann, auf möglichst unblutigem Wege, auf kostensparendem, elend- und notsparendem Wege, zu einer sozialistischen Gesellschaft zu kommen. Ob diese ökonomische Entwicklung, die wir einigermaßen absehen können, ohne den Umweg einer autoritären oder faschistischen Herrschaft, dazu führen wird, daß eine sozialistische Gesellschaftsform auch in der Bundesrepublik sich durchsetzen kann.

Herbamer | **Jaeggi:** Zur ‚Argument‘-These: Du spitzt sie natürlich so zu, wie ich sie nicht zugespitzt haben will und wie ich sie im ‚Argument‘-Aufsatz auch nicht zugespitzt habe. Ich stelle ja nur die *Frage*, und ich sage, es ist nicht auszuschließen, daß ein Sozialdemokratisierungsprozeß stattfinden *kann*. Elemente in der aktuellen Politik und in der Programmatik weisen darauf hin. Es ist z. B. klar, daß die Aufgabe des Begriffs ‚Diktatur des Proletariats‘ ja auch im Rahmen der KPF selbst in diese Richtung thematisiert worden ist, nämlich: Hat man da nicht vorschnell und auch wieder ohne Diskussion Positionen aufgegeben, die wichtig sind? Andererseits halte ich das radikale Eintreten für demokratische Formen — der Wähler, nicht die Partei soll entscheiden —, für eine westliche kommunistische Partei für absolut und unbedingt notwendig.

Herkommer: Kann man die Frage vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus überhaupt so stellen?

Jaeggi: Du kannst es so sehen: Wenn einerseits in der Programmatik Tendenzen zu finden sind, die sich jetzt radikalen sozialdemokratischen Positionen anzunähern scheinen, dann heißt das noch nicht, daß hier Identität hergestellt ist; das heißt vor allem nicht, daß die Kommunisten jene Art von Theorielosigkeit akzeptiert haben, wie dies die Mehrheit der Sozialdemokraten tut. Das habe ich im übrigen in meinem ‚Argument‘-Artikel auch ganz klar gesagt. Zum anderen bleibt natürlich die Frage: Wenn auf leisen Pfoten, wie es etwa in Italien geschieht, auf kommunaler und regionaler Ebene, jetzt kommunistische Politik gemacht wird, die sich zum Teil eben vor dieselben Probleme gestellt sieht wie jede sozialdemokratische Regierung, d. h. wenn man sich mit Reformmaßnahmen begnügen muß, wie sie woanders auch stattfinden, dann ist dies ein wichtiger Punkt. Selbst wenn diese Politik programmatisch nach wie vor an das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft angebunden ist. Ich will damit sagen: die Pragmatik einer Regierungsbeteiligung in der Form, daß man eben nicht die Mehrheit hat, sondern nur Teil der Mehrheit ist, — was ja im historischen Kompromiß notwendig angelegt ist — : in diesem Zusammenhang halte ich es nicht bloß für legitim, sondern für notwendig, daß das Sozialdemokratisierungsproblem auftaucht. Ich meine, wir können ja nicht die Augen zubinden und sagen: Das gibt's gar nicht; man kann sich am ehesten gegen einen schlechten Reformismus, wie ihn die Sozialdemokratie in vielen Ländern gezeigt hat, wehren, wenn man die Problematik rechtzeitig sieht und das auch rechtzeitig diskutiert, und zwar nicht nur auf der Ebene der Intellektuellen, sondern in der Partei selbst bei allen Mitgliedern, und solche Diskussionen finden ja durchaus auch statt.

Katzenstein: Mit der Frage der Gewalt weichen wir wohl ein bißchen vom Thema ab. Ich möchte noch mal auf die Krisen zurückkommen. Wir sind einer Meinung darüber, daß mit systemimmanenten Methoden die Frage der ökonomischen Krisen nicht zu bewältigen ist, im Kapitalismus; daß, im Gegenteil, eben die Krise selbst systemimmanent ist. Es ist auch so, daß die Entfaltung

der ökonomischen Krise zwangsläufig ideologische Zerbröckelungsprozesse mit sich bringt. Das ist die Zwischenstufe des Umschlagens ökonomischer in politische Widersprüche. Die ökonomische Realität des Kapitalismus löst das Abbröckeln der bürgerlichen Ideologie in den Köpfen der Arbeiter aus — und der Werktätigen überhaupt —, und erst dadurch brechen dann die politischen Konfliktsituationen auf. Wenn ich davon sprach, das Bewußtsein fehle, so will ich damit auch nicht die Klassenteilung in der Gesellschaft ausklammern und ebensowenig die Tatsache, daß einfach von der Klassenstellung her Grenzen für das Eindringen bürgerlichen Bewußtseins in die Arbeiterklasse gesetzt sind; wieweit das Klassenbewußtsein auch immer verschüttet sein mag. Man sieht das in England ganz deutlich. Die ökonomischen Krisen bewirkten einen ideologischen Abbröckelungsprozeß. Das Klassenbewußtsein trat wieder stärker hervor. Die Arbeiter begannen, ihre eigenen Interessen, selbst gegen die Labourregierung, durchzusetzen. Diese Entwicklung hat ja dazu geführt, daß die Labour-Partei selbst angefangen hat zu zerbröckeln. Es haben sich jetzt neue, linke Richtungen innerhalb der Labour-Partei entwickelt, und sie dehnen sich aus; man sieht ja eine sehr starke Auseinandersetzung gerade gegenwärtig. Das ganze ist aber ein vergleichsweise „verschwommener“ Prozeß. Schlimmer ist, daß die vorausgegangene Entwicklung langfristig gesehen nicht die Basis gelegt hat, daß aus dieser Zerfaserung der ideologischen Grundlagen des Systems innerhalb der Bevölkerung selbst nicht wieder ein konservativer Umschwung entsteht. Hält man die KPI oder die KPF dagegen — ich mache hier natürlich einen etwas gewagten Analogieschluß —, so verkörpern sie gewissermaßen den bewußten Teil, also die Kräfte, die schon bewußt eine neue Gesellschaft ansteuern, und sie rekrutieren ihre Kräfte aus jenem anderen Teil — Du sprachst ja von einem Wählerreservoir, von einem Potential —, und zwar ohne daß sie sich etwa sozialdemokratisieren, daß sie die Umgestaltung der Gesellschaft aufgeben, sondern sie erkennen sie als notwendig und sagen auch, daß hier systemimmanente Mittel nicht vorhanden sind, mit denen man die Probleme innerhalb dieser Gesellschaft wirklich lösen kann. Was wichtig ist: Sie schöpfen eben dadurch aus den sozialdemokratisierten Schichten diese Kräfte ab, bei denen der Zerbröckelungsprozeß bürgerlicher Ideologie eingesetzt hat und die zunehmend Klassenbewußtsein bzw. Bewußtsein von der Notwendigkeit der Umgestaltung der Gesellschaft gewinnen.

Jaeggi: Das ist richtig, was Du über die KPI und die KPF sagst. Nur: ich meine, man muß da jetzt doch sehen, daß das eben nicht die 50 Prozent der Wähler erreicht, sondern im Moment auch so um die 30 Prozent herum, nach oben oder unten. Um die Regierung übernehmen zu können, sind die Kommunisten auf eine Koalition angewiesen. Und das bringt zwangsläufig Probleme. Die KPen bleiben zwar Parteien, die sich programmatisch als Klassenparteien verstehen mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft. Nur: wieweit sich das in der notwendig pragmatischen Politik abschleifen wird: das ist doch die Frage. Als Sozialdemokrat und Sozialist verstehe ich das Problem einer möglichen Sozialdemokratisierung nicht hämisch, also nicht von der Warte aus: Auch die werden in genau dieselbe Situation kommen wie die Sozialdemokraten, und sie werden dann keinen Deut besser sein als wir auch. Man muß ganz einfach das Problem sehen.

Katzenstein: Darf ich meinen Gedanken weiterführen? Denn ich bin mit der Frage der Sozialdemokratisierung der KPI noch nicht ganz zu Ende. Es gibt nämlich noch einen entscheidenden Unterschied bei der ganzen Geschichte. Das ist gerade die pragmatische Seite, die Du angesprochen hast. Bei der KPI — und das gilt auch für die KPF, soviel ich informiert bin — ist es so, daß

Katzenstein

sie im Moment sicherlich nur Reformen durchsetzen können, aber bei ihnen ist das Reformkonzept immer, in der Zielstellung und auch in der Durchführung, geprägt von dem Gedanken an die Umgestaltung, die absolut notwendig ist und auch als absolut notwendig dargestellt wird. Das ganze Reformkonzept wird auch immer dargelegt mit Bezug auf die Notwendigkeit, das Kräfteverhältnis für eine friedliche, demokratische Umgestaltung zustandezubringen. Und hier gilt eben wieder etwas, was ich vorhin vielleicht etwas verschwommen angeschnitten habe, was ich jetzt also etwas präziser anschnitten will: Da ist eben vorhanden, daß sie für die Ausweitung dieses Kräfteverhältnisses über die 35 Prozent hinaus, über die 50 Prozent hinaus und für eine Stabilisierung eben auch die materielle Basis zu schaffen versuchen, und das ist wesentlich. Ich möchte nur ein Beispiel nehmen, weil mir im Moment dies eine einfällt, das ist die Frage der bäuerlichen Genossenschaften, die die KPI aufbaut und womit sie schon Vorbehalte gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung in diesen bäuerlichen Schichten und darüber hinaus abbaut. Hier nimmt sie also schon Umgestaltungen in Angriff, die echte Umgestaltungen sind, die Produktionsverhältnisse verändern, die bewußtseinsmäßig Entwicklungsschritte darstellen; und gerade das, meine ich, wäre die Aufgabe etwa der SPD, wenn sie eben nicht systemkonforme Partei wäre. Sie nimmt also Schritte in Angriff, die auch von der materiellen Seite her diese Entwicklung über die 35 % Grenze hinaus, über die 50 % Grenze hinaus, absichern. Sie schaffen das Bewußtsein einer Alternative und untermauern es materiell so weit als möglich. Hier ist auch der Punkt, wo die Frage der Gewalt kommt, und das lassen auch die Italiener offen, weil das immer eine Frage der Gewalt der Bourgeoisie ist gegen die Arbeiterklasse und nicht einer Gewalt der fortschrittlichen Kräfte. Für die fortschrittlichen Kräfte steht ja nichts auf dem Spiel — sie brauchen daher nicht notwendig Gewalt —, für die Bourgeoisie aber ihre Existenz als Klasse. Es ist daher noch offen, ob der gewaltlose Weg gelingt, das hängt ja nicht allein vom Willen der kommunistischen Parteien ab, aber man muß sich nach Kräften darum bemühen. Von beiden Parteien wird auch immer darauf hingewiesen, daß hier eine Frage offen bleibt und daß man daher auch alles versuchen muß, um das Kräfteverhältnis zu schaffen, das eine friedliche Entwicklung garantiert. Deswegen habe ich das vorhin angeschnitten, weil hier in der BRD eben gerade diese Frage der Bewußtseinsbildung, der Orientierung schon auf eine neue Gesellschaft, auf die Notwendigkeit der Umgestaltung, auf den Klassenantagonismus fehlt.

Und damit kommen eine ganze Menge von Unwägbarkeiten in den Prozeß. Ich stimme mit Euch beiden überein, daß das zugespitzt ist, wenn man sagt, 'autoritäre Staatsformen' werden die unmittelbare nächste Folge sein, die Folge der nächsten Wahl etwa. Hier sind jetzt eben so viele Unwägbarkeiten in dem Prozeß, daß man zumindest sagen kann, die Situation sei völlig offen und CDU wie CSU seien durchaus in die Lage versetzt, nicht nur die Regierungsgewalt wieder zu übernehmen, sondern diese Regierungsgewalt dann in Krisensituationen auch in autoritäre Staatsformen umzusetzen. Bei dem gegebenen Entwicklungsstand der ökonomischen Konflikte und bei dem gegebenen Entwicklungsstand auch der politischen Konflikte — international gesehen —, habe ich eben doch Befürchtungen in dieser Hinsicht. Ich möchte die Gefahr, daß es zu autoritären Herrschaftsformen kommt unter diesen Bedingungen, doch nicht ganz ausschließen; obwohl das natürlich von vielen Faktoren abhängt. (Herkommer: Da möchte ich Dir vollkommen zustimmen, das ist eher die Wahrscheinlichkeit, daß wir diesen kostenreichen und elendreichen Um-

weg haben.) Man muß bloß mal überlegen, wie sich die Stellung der USA nach Angola verändert hat oder wie die Rechten in der Bundesrepublik versuchen, wieder ein Spannungsfeld aufzubauen. Und die SPD ist eben nicht der feste Grund, von dem aus das auszuschließen wäre, ja, sie bereitet diesen Grund nicht einmal vor.

Herkommer: Wir diskutieren jetzt, welche Bedingungen politischen Handelns halten wir für denkbar, die diese befürchtete Entwicklung aufhalten können. Über die Frage, daß solche autoritären Entwicklungen anstehen können, sind wir uns einig. Wahrscheinlich sind die Bedingungen für rechte Tendenzen in der Bundesrepublik sehr viel günstiger als in Italien, Frankreich und England. Ich bin in der Tat der Auffassung, daß die ökonomische Entwicklung einerseits und die Bewußtseinsstrukturen andererseits dafür sprechen, daß die politischen Tendenzen in unserem Lande eher nach rechts weisen, aber vielleicht nur vorübergehend. Ich wies schon auf Anzeichen hin, daß die Einsicht in die ökonomischen Ursachen der krisenhaften Entwicklung, bzw. in die gesellschaftlichen Ursachen dieser ökonomischen Krise zunehmen könnte. Das würde die Einsicht einschließen, daß die Sozialdemokratie nicht das richtige Programm bereithält, um zu grundsätzlichen Veränderungen zu führen. Wenn man hinzunimmt, daß die DKP selber ja nicht als unveränderlich angenommen werden muß, daß eine größere Selbständigkeit dieser Partei, d.h. unmittelbares Anknüpfen an westeuropäische und westdeutschen Verhältnisse denkbar ist, dann könnte ich mir auch vorstellen, daß sich die für sie offenbar belastende Identifizierung mit dem ‚realen Sozialismus‘ in der DDR und den osteuropäischen Ländern allmählich lockert. Natürlich wird antikommunistische Propaganda immer versuchen, diese Identifizierung unter negativen Vorzeichen zu befestigen. Aber ich bin nicht der Auffassung, daß das dauerhaft Erfolg hat. Wenn man die veränderten ökonomischen Bedingungen ebenso in Rechnung stellt wie größere Flexibilität in der DKP-Programmatik und -Taktik, wäre es durchaus denkbar, daß das, was heute noch als sozialistisches Potential in der SPD gebunden ist, mit dem der DKP sich zu einer starken politischen Kraft verbindet.

Jaeggi: Noch eine Bemerkung zu der möglichen autoritären Entwicklung in der Bundesrepublik. Ich sehe es deswegen nicht so pessimistisch, weil ich glaube, — das haben eigentlich auch die Diskussionen zu den Berufsverboten gezeigt —, daß der Druck von außen, vom Ausland, gegen eine faschistoide autoritäre Entwicklung in der BRD so erheblich sein wird, daß man vermuten kann, daß das auf absehbare Zeit ein mögliches Regulativ ist. Insofern glaube ich, daß in der gegenwärtigen Konstellation zwischen Ost und West Westdeutschland sich kaum in der Form, wie es in der Weimarer Republik geschehen ist, nach rechts, zum Faschismus hin, entwickeln kann. Aber zum anderen: Ich bin natürlich nie davon ausgegangen, daß das, was ich als linkes und sozialliberales Potential bezeichnet habe, ‚Ewigkeitswert‘ besitzt. Es kann sich natürlich ändern. Meine Antwort wäre: Voraussetzung ist eben eine SPD-interne Entwicklung, und Voraussetzung ist in der Tat eine DKP-interne Entwicklung. Hier sehe ich die Sache problematisch. Man darf die Stagnation der DKP nicht nur qua Antikommunismus sehen; diese Partei hat starke interne Probleme. Die Einschätzung von außen korrespondiert mit der internen Entwicklung. Sie muß sich in der Tat zwangsläufig zu einer stärkeren Verselbständigung durchringen. Sie muß es, wenn sie überleben will, also wenn sie über die 0,3 % oder über die 1 % hinaus will. Und da sehe ich schwarz, weil ich noch pointierter sagen würde, sie müßte in ihrer jetzigen Programmatik, und bis hinein in ihre eigene Bürokratie, einen radikalen Wandel vollziehen; sie müßte die Entwicklung zu einem unabhängigen und selbständigen Kommunismus zu vollziehen versuchen. Nur unter die-

ser Bedingung könnte sie das von uns allen annähernd akzeptierte Potential von 5 bis 10 % der Wähler, um es mal prozentual festzumachen, teilweise gewinnen. Der Prozeß wäre langwierig, meiner Einschätzung nach zu langwierig, und er käme spät, wenn nicht zu spät. Und das hat natürlich verschiedene Ursachen. Das hat zum Teil die Ursache, daß sich die Linken viel eher darin gefallen, die DKP zu kritisieren und dies von außen zu tun, als selbst, intern, zu versuchen, die Dinge zu verändern. Auf der anderen Seite würde ich allerdings auch sagen: Die DKP verfügt heute z.B. über ein Reservoir an sozialwissenschaftlicher Intelligenz, das sie schlecht einsetzt. Nicht in dem Sinne einsetzt, daß die jetzt tatsächlich notwendigen Modernisierungsprozesse eingeleitet werden, sondern nach wie vor zur Legitimierung der Parteikaderpolitik. Und das sind eben die Unterschiede etwa zwischen der DKP und der Französischen Kommunistischen Partei, die ungeheuerlich, wenn nicht unüberbrückbar scheinen. Wenn man sieht, wie etwa die Diskussionen um die theoretischen Voraussetzungen des wissenschaftlichen Sozialismus in Frankreich laufen und wie das im Rahmen der DKP geschieht! Die Art und Weise, wie sich die KPF und KPI vom sowjetischen Sozialismus absetzen, hat ja nicht vorab strategische und propagandistische Ziele; das wird zwar zum Teil in der bürgerlichen Presse so gesehen, aber das sind, wie wir wissen, ja in Italien, seit Gramsci und Togliatti, langwierige und kontinuierlich laufende Prozesse. In Frankreich hat zwar die Entstalinisierung länger gebraucht als in Italien, weil der Prozeß später eingesetzt hat. Aber spätestens seit 68, in der Selbstkritik der damals vertretenen Positionen, hat sich die spätere Entwicklung ganz deutlich abgezeichnet, es war zu prognostizieren, daß die Politik so ausfallen wird, wie sie sich auf den jüngsten Kongressen tatsächlich durchgesetzt hat. Und im Vergleich dazu finde ich eben bei der DKP intern viel zu wenig Perspektiven; da gibt's kaum Anzeichen für einen solchen Wandlungsprozeß. Und das halte ich in der Tat für verhängnisvoll. Weil: Zu viel Zeit besteht für das Einsetzen eines solchen Prozesses nicht mehr. Sonst läuft die Entwicklung, was ja schon geschieht, richtigerweise über die DKP hinweg. Andererseits kann sich eine politische Partei momentan als Kraft zwischen SPD und DKP schwer durchsetzen. Die organisatorisch nicht vorhandenen Voraussetzungen zeigen dies deutlich. Daß im Moment von einer Regruppierung linker Kräfte um das Sozialistische Büro oder andere Organisationen nichts erwartet werden kann, ist kaum zu bestreiten. Und ob eine Abtrennung in der SPD erfolgt und vor allem Erfolg haben könnte, ist schwer einschätzbar. Ich würde meinen, daß die DKP, allerdings nicht in ihrer existierenden Form, hier vorläufig ein Sammelbecken darstellen könnte.

Katzenstein: Na ja, schön und gut, bloß ist das nicht eigentlich ein Baum, hinter dem man sich versteckt, diese fehlende Veränderung der DKP? Die DKP, wie sie ist, real existent, genauso wie der Sozialismus real existent ist. Abwarten, bis sie sich möglicherweise verändert und zum Anziehungspunkt wird, kann man nicht. Die reale Entwicklung wird auch unabhängig von diesem Wandlungsprozeß vor sich gehen, nicht unbeeinflusst davon und nicht ohne Wechselwirkung darauf. Das ist ganz klar. Aber die Faktoren sind gegeben, sind vorgegeben, wie sie sind, und das kann man nicht verändern. (Jaeggi: Ja, welche Faktoren?)

Herkommer: Darf ich da einen Einwurf machen? Wenn man die kommunistische Bewegung als Ausdruck, als *bewußten* Ausdruck der Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft zur sozialistischen Gesellschaft versteht, dann kann man das doch nicht so hinstellen wie einen festen, wie einen unverrückbaren Baum.

Katzenstein: Ich sehe es ja nicht als unverrückbaren Baum. Ich meine nur, die linke Bewegung in ihrer Gesamtheit muß weitergehen, und die Forderung

nach Veränderung der DKP scheint mir oft nur ein Vorwand, um unmittelbares Engagement zu umgehen. Veränderung, das heißt doch faktisch Bewegung einer ganz bestimmten Schicht gesellschaftlicher Kräfte. Solche Bewegungen vollziehen sich, aber sie gehen immer vor sich auf der Basis der verschiedenen gegebenen Einflußfaktoren, und das ist eben nie kurzfristig zu fassen. Veränderungen sind immer gesellschaftliche Prozesse, die sich auch in Parteien abspielen. Die sich auch im Sozialismus selber abspielen. Das sind immer Entwicklungsprozesse. Mir geht es aber hier jetzt darum, daß hier und jetzt auch außerhalb der DKP linke Kräfte da sind, nehmen wir einmal die JUSOS. Die JUSOS sind ja etwas anderes als das Sozialistische Büro, weil sie einheitlicher, geschlossener in sich sind.

Jaeggi: Nein! Die haben genau dieselbe Spiegelung wie Du sie im SB auch hast. Die sind genauso fraktioniert in solche, die mit der DKP überhaupt nicht können, die so was völlig ablehnen, und solche, die eben Stamokap-Flügel und ähnliches sind. Du hast genau dieselben Schwierigkeiten!

Katzenstein: Aber, die sind doch in sich geschlossener.

Jaeggi: In Berlin vielleicht, in der BRD überhaupt nicht. Es gibt da genau die gleiche Fraktionierung wie in allen Linksgruppierungen.

Katzenstein: Da siehst Du mal, wie man das von außen falsch einschätzen kann. Ich traue Deiner Einschätzung mehr als meiner. Aber, wie gesagt, hier sind ja Kräfte in Bewegung, auch außerhalb der DKP, und die entfalten eine Eigenbewegung, auf die natürlich die Entwicklung in der DKP einen Einfluß ausübt. Aber sie haben eine Eigenbewegung, und das Problem ist doch, *wie* sie unter den gegebenen Verhältnissen ihre Eigenbewegung entfalten. Es darf nicht zum Stillstand kommen; meinetwegen parallele Bewegung, aber kein Stillstand. Im Moment sieht es so aus, daß diese Kräfte im Grunde genommen aufgesogen werden von der rechten SPD oder von der SPD überhaupt. Das wird nicht so bleiben. In England zeigt sich, wie sie sich unter dem Druck der Verhältnisse erneut formieren und abspalten bzw. eigene Kraft entwickeln. Aber in der BRD entsteht zunächst eine diffuse Basis, die den Rechten immer noch Möglichkeiten für autoritäre Entwicklungen offen läßt.

Jaeggi: Es gibt ja in der Entwicklung der DKP keine Automatik, keine ökonomisch erklärbar. Ich meine: Auch die DKP ist eine Partei, die Entscheidungen fällen muß, fällen kann und fällt. Es gibt, so schätze ich es ein, nur die eine Alternative: Man macht in etwa mit einem ganz langsamen Transformationsprozeß so weiter wie bisher und wird eben in 4 Jahren nicht viel weiter sein als heute. Das läßt sich verhältnismäßig gut abschätzen. Oder man macht wirklich diesen ganz entscheidenden Sprung und weiß natürlich auch nicht genau, wohin man springt. Trotzdem: Diese Modernisierung wäre der realen Entwicklung unserer Gesellschaft sehr viel angepaßter. Eine in dem Sinne offene, undogmatische, kommunistische Partei wäre nötig.

Katzenstein: Angenommen, sie tut's nicht. Sie ist in 4 Jahren dann auch auf dem Stand von heute. Ist sie die einzige Partei, die sozusagen Kernpunkt der Linken ...?

Jaeggi: Nein! Aber die Sache ist doch die, daß das bundesrepublikanische politische Parteienspektrum asymmetrisch ist, nicht den „Bedürfnissen“ entspricht, d.h. die gesellschaftlichen Kräfte nicht real widerspiegelt. Während man in allen anderen Ländern eine in etwa präzise Linienführung hat, fehlt sie hier. In den übrigen westlichen Industriestaaten gibt es Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale und Konservative: Bei uns gibt es im Grunde zwei Volksparteien, die bei über 50 % aller gesellschaftlichen Probleme fast das gleiche wollen; Mitte SPD bis Mitte CDU hat man im Grunde genommen welt-

anschaulich kaum Differenzen. Die Sympathisanten können denn auch verständlicherweise unter diesen Umständen leicht von der einen Seite zur anderen hüpfen, und auch wieder zurück. Um eine Korrektur dieses asymmetrischen Parteienspektrums geht es!

Herkommer: Sollte man nicht erst einmal auf eine ganz entscheidende gesellschaftliche Kraft verweisen, um dem Schein der Priorität der politischen Organisationen entgegenzutreten? Mit Bezug auf die politischen Strukturen ist hinreichend viel gesagt worden über das Beharrungsvermögen, das auch angesichts der krisenhaften Entwicklung der Ökonomie der raschen Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft entgegensteht. Das bedeutet aber nicht, daß damit irgendwie ein Primat der politischen Struktur gesetzt wäre. Näher liegt es jedenfalls, wenn wir zuerst an die Gewerkschaften denken, denn wir können davon ausgehen, daß die Klasse der Lohnarbeiter ihren gesellschaftlichen Ausdruck als Assoziation ja nicht unmittelbar in der politischen Partei findet. Ihre gesellschaftliche Form der Koalition ist die der Gewerkschaften, eine Organisationsform, in der sie kollektiv dem Kapital, das sie kollektiviert, entgegentritt. Hier aber kann man annehmen, daß bei den zu erwartenden Restriktionen in bezug auf Geldentwertung, Arbeitslosigkeit, Intensivierung der Arbeit, in erster Linie aber in bezug auf die Entwicklung der Reallöhne davon auszugehen ist, daß die Gewerkschaften sehr viel militanter oder distinkter das Interesse der Arbeiter vertreten werden.

Wenn die Gewerkschaften in dieser Weise das Interesse der Arbeiterklasse formulieren, dann ist schon einmal ein sehr wichtiger, und zwar der erste Schritt dazu getan, daß die Identifizierung der Lohnabhängigen, der Alten und sozial Schwachen mit der fragwürdig gewordenen sozialdemokratischen Reformpolitik sich lockert in Richtung einer unmittelbaren gesellschaftlichen Durchsetzung ihrer Interessen. Auf diesem Umweg erst kann ich mir vorstellen, daß auch die politischen Rückwirkungen erfolgen, also auch die Verschiebungen im politischen Kräfteverhältnis sich durchsetzen können.

Jaeggi: Du kennst natürlich die Schranken der Einheitsgewerkschaft: Es ist hier wirklich die Frage, wieweit diese sich jetzt neben oder gar gegen die Reformpolitik der SPD tatsächlich langfristig radikalieren kann und darf. Kurzfristig kann sie es, das haben wir 69 erlebt, aber langfristig, kontinuierlich? Das könnte dann der Fall sein, wenn wir politische Gewerkschaften hätten, wie in Frankreich oder Italien, dann wär's eher möglich. Da wir das nicht haben, würde ich meinen: Die Massenloyalität zwischen den Gewerkschaften und der sozialliberalen Koalition, die die Politik macht, wird von ‚Störungen‘ abgesehen, erhalten bleiben. Insbesondere die Loyalität zwischen Gewerkschaften und SPD. Ich habe dabei manchmal ein bißchen den Verdacht, daß die Linken, weil sie in der linken Parteipolitik nicht weiterkommen, jetzt ihre Hoffnung auf die Gewerkschaftspolitik setzen und dort unter Umständen ähnlich enttäuscht sein werden. Zwar spricht eins für Deine These: In der Gewerkschaft, in den Betrieben ist die Krisenerfahrung und Lebenserfahrung unmittelbarer einbringbar.

Katzenstein: Also ich würde Deinen Gesichtspunkt nicht einmal mehr als Frage formulieren, sondern ich würde hier eine echte Kraft sehen, die unmittelbar wirksam wird. Die Gewerkschaften stehen einfach vor ganz konkreten Fragen. Sie müssen Lösungen finden, die keine Krisenlösungen sind, sondern Lösungen, die unmittelbar die Arbeiter betreffen, Lösungen für die Arbeiter. Selbst wenn es Lösungen sind, die zunächst gesellschaftlich von der kapitalistischen Gesellschaft ausgehen, die also nicht auf gesamtgesellschaftliche Interessen zielen. Ganz sicher ist da ein Spielraum, in dem die Gewerkschaften wieder an die regierende Partei gebunden werden können, d.h. veranlaßt werden kön-

nen, auf sie Rücksicht zu nehmen. Aber der Spielraum findet Grenzen. Er findet einfach Grenzen in der Stärke der Konflikte. Hat man hier überhaupt noch Spielraum, um nachzugeben, ohne wilde Streiks zu provozieren, ohne die Kontrolle zu verlieren. Die zweite Seite ist, und da haben wir historische Erfahrungen, daß die Gewerkschaftsbewegung gerade wegen ihrer spezifischen Rolle — international, also in Italien und Frankreich betrachtet — eigentlich der Motor der Vereinheitlichung des Kampfes war, mit Rückwirkung auch auf die politische Entwicklung. Wir wissen ja, daß während des Kalten Krieges die Spaltung der Einheitsgewerkschaften stattgefunden hat, sowohl in Frankreich als auch in Italien, und wir wissen auch aus den Erfahrungen heraus, daß die Kämpfe, die die Gewerkschaften geführt haben, obwohl sie zunächst sehr zersplittert waren, doch zu einer Vereinheitlichung auch dieser verschiedenen Gewerkschaften geführt haben; wir haben noch getrennte Gewerkschaftsorganisationen, aber sie führen einen gemeinsamen Kampf. Das hat natürlich auch unmittelbare Rückwirkungen auf die politischen Parteien gehabt. Der Rückgang der Sozialdemokratie in Italien, der Sozialisten in Frankreich — vor der Volksfrontpolitik — ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, daß sie der politischen Linie, die hier durch den gewerkschaftlichen Kampf und die gewerkschaftliche Einheit vorgeschrieben war, nicht gefolgt sind, sondern daß sich das auseinanderentwickelt hat. Das spielt meines Erachtens eine große Rolle — es wird unbedingt eine der Grundlagen sein, von denen aus auch die politische Bewegung beeinflusst wird.

SOPH: Also, mir geht es doch um den objektiven Handlungsspielraum der gegenwärtig führenden politischen Kräfte der BRD, einerseits im Hinblick auf ihre eigene Basis und dort natürlich insbesondere in bezug auf die Gewerkschaften. Ich weiß nicht, ob Ihr übereinstimmt in der Auffassung, daß jetzt für die Gewerkschaften größerer Operationsspielraum besteht, um sich jetzt freizumachen, sich nicht mehr so zu verketten mit der SPD-Politik. Zweitens, ist die gegenwärtige Konstruktion, wie sie sich jetzt abzeichnet nach der Wahl, immer nur auf den politischen Überbau bezogen und auf die Formen der Herrschaftsausübung, längerfristig tragbar, und zwar jetzt etwas konkreter als die bereits von Euch angesprochene Alternative: daß die Gefahr der autoritären Herrschaft besteht, und daß es gilt, diese zu verhindern. Die Frage aber steht, ob man nicht doch noch in bezug auf Möglichkeiten von Krisenbekämpfung noch einige Aussagen machen kann, z.B. die Lohnquote, die Reallohnentwicklung in der BRD stagniert nicht nur, sondern sie ist zurückgegangen. Es geht also darum, die Spielräume zu konkretisieren in bezug auf die Massenbasis, vor allem in der Sozialdemokratie. In diesem Zusammenhang sind zwei Probleme, wovon Ihr bereits eines diskutiert habt, die Gewerkschaften, zweitens die Wechselwähler. Was sind das für Leute, und wie ist einer solchen „Basis“ gegenüber die SPD verpflichtet? Wo sind also nicht nur objektive Handlungsspielräume, die sich aus der ökonomischen Situation ergeben, sondern auch aus den Zusammenhängen zwischen Wahlverhalten und der Basis der SPD/FDP-Koalition und den Formen der Herrschaftsausübung.

Jaeggi: Meine These wäre: Die Gewerkschaft wird sich nicht stärker als jetzt von der SPD-Politik verselbständigen. Zwar könnte dies eine Antwort auf die krisenhafte ökonomisch-gesellschaftliche Entwicklung sein. Dennoch, es ist nicht nur zu vermuten, sondern zu unterstellen, daß die eingeschlagene Politik der sozial-liberalen Koalition in derselben Konsequenz weitergeführt wird, wie sie angelaufen ist; d.h. auch unter den Bedingungen, daß Reformvorhaben zurückgestellt werden und daß man sich eben wirklich versteht als eine Koalition, die jetzt versucht, ökonomisch die Krisenhaftigkeit auf ein Minimum zu redu-

zieren, also insofern tatsächlich versucht, Bindeglied zwischen Kapitalfraktion und werktätiger Bevölkerung zu sein, wird sich diese Politik weiter durchsetzen. Zum Beispiel ist es doch erstaunlich, wie die sinkende Reallohnquote bei uns hingenommen wird, ebenso wie die Arbeitslosigkeit, das stagnierende Wirtschaftswachstum oder die steigenden Gewinnquoten. Das wird ohne viel Kommentierung oder gar Widerstand von den Gewerkschaften und von der SPD, von der Bevölkerung insgesamt akzeptiert, zumindest hingenommen unter der Parole: Wir müssen jetzt den Gürtel enger schnallen, und eigentlich auch unter der Parole: Solange die Investitionen nicht laufen, solange läuft eben ökonomisch nichts mehr, wir müssen die Kapitalseite privilegieren; obwohl man weiß, daß diese Investitionsprivilegien nicht dazu führen, daß jetzt mehr Arbeitskräfte eingestellt werden, sondern, die Klassenanalyse der letzten 6 Jahre zeigt das deutlich: die werktätige Bevölkerung nimmt ab. Ca. eine Million produktiver Arbeiter sind ausgeschieden worden, teils als Arbeitslose, teils in den nichtproduktiven Sektor übergewechselt. Durch den Investitionsanreiz werden ja nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen; die Kapitalseite ist zu vermehrter Rationalisierung gezwungen. Insofern ist tatsächlich zu vermuten: Bei Beibehaltung der gegenwärtigen sozial-liberalen Politik, und daran wird sich in den kommenden 4 Jahren nicht sehr viel ändern, *kann* diese Politik von vornherein nur verhältnismäßig immobil sein.

Katzenstein: Du gehst aus von der Frage, ob nicht die ökonomische Krise, die sich umsetzt in Reallohnsenkung etc., ob die sich nicht auch in der Verengung des Handlungsspielraumes niederschlagen muß — für meine Begriffe muß sie das. Das ist allerdings keine Frage von 4 Jahren, also einer Legislaturperiode. Der Handlungsspielraum muß sich jedoch verengen. Nicht, daß keiner vorhanden wäre. Im Gegenteil, es zeigt sich jetzt und wird sich auch in der unmittelbar nächsten Zukunft zeigen, daß Spielraum in dieser Beziehung da ist, einfach, weil Arbeiter in dieser Beziehung immer solidarisch sind, weil Arbeiter sich gesellschaftlicher Gesamtinteressen bewußt sind, weil sie im Interesse der Gesellschaft durchaus bereit sind, Opfer auf sich zu nehmen. Wir haben das nach dem Krieg gesehen, wo die Aufbauleistung gerade von den Arbeitern vollbracht worden ist, während die eigentlichen Früchte nachher das Kapital eingeheimst hat. Wie weit der Spielraum gegeben ist, ist m.E. eine Frage der Lösungsform, d.h. wenn die Lösungen immer auf Kosten der Arbeiter gehen — nach dem Kriege hat ja der Spielraum der Entwicklung der Produktivität etc. auch Spielraum gegeben, Lohnerhöhungen vorzunehmen —, aber wenn die Lösungsformen immer auf Kosten der Arbeiter gehen und immer zugunsten des Kapitals gehen, dann engt sich der politische Handlungsspielraum ein. Dann kommt ganz zwangsläufig zum Tragen, daß die Gewerkschaften Interessen vertreten müssen, die ganz einseitig Interessen der Arbeiter sind. Und damit wird auch der politische Handlungsspielraum der Parteien eingeengt, die ihr Wählerreservoir in der Arbeiterklasse haben. Das ist der langfristige Entwicklungsprozeß, das wird sich nicht in den nächsten 4 Jahren entscheiden. Systemneutrale Lösungsformen zu finden, wird m.E. schwierig werden, weil das Aufklaffen ökonomischer Widersprüche — wie wir sie jetzt haben — kumuliert.

Herkommer: Wir könnten uns ja eine Reihe von Möglichkeiten ausdenken, unter denen der Spielraum für das Kapital zu erweitern ist. Es gibt kriegerische Entwicklungen, es gibt alle möglichen Formen der Kapitalvernichtung, die solchen Spielraum wieder herstellen würden. Es gibt die klassische Kolonialpolitik, die solchen Spielraum erweitern könnten. Das sind alles Möglichkeiten, die historisch bekannt sind, die wir aber zu den ‚Umwegen‘ rechnen. Wichtiger ist deshalb zu wissen, daß die widersprüchliche Entwicklung der gesellschaftlichen

Produktivkräfte, die einhergeht mit einer faktischen Unterdrückung der lebendigen Arbeit durch die vergegenständlichte, eine dem Kapital eigentümliche Angelegenheit ist, und daß wir davon ausgehen müssen, daß diese Unterdrückungspolitik — wie Du schon gesagt hast — nicht im Interesse der Unterdrückten sein kann. Entsprechend wäre dann doch bloß die Frage zu stellen, wie groß ist der Spielraum unter diesen Bedingungen, auch unter den entgegenstehenden und aufhaltenden Bedingungen, für die gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die eben diese Umwege nicht für sinnvoll halten und nicht in ihrem Interesse sehen können? Dann würde ich die Frage doch lieber so formulieren: Was ist denn der Spielraum und was muß überhaupt entwickelt werden an Taktik einer Bewegung, die diesen Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft bewußt betreibt und in deren geschichtlichen ‚Auftrag‘ es gestellt ist, diesen Veränderungsprozeß zu tragen? Natürlich geht diese Überlegung nicht ab ohne eine Einschätzung der Spielräume des Kapitals — so war Deine Frage —; aber die Arbeiterbewegung braucht sich dessen Kopf nicht zu zerbrechen, als vielmehr den eigenen. Wenn man nicht davon ausgehen möchte, daß es so etwas wie eine Automatik des Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft gibt, dann wäre doch das Problem viel eher, in welcher Form die politische Bewegung, die objektiv und notwendig als Zielsetzung die Herstellung einer demokratischen und freien Gesellschaft hat, an die konkreten Verhältnisse in unserem Land anknüpft.

Und da ist eine recht praktische Frage schon gestellt worden: Kann man da auf die berühmten Wechselwähler hoffen, kann man da auf die Mittelschichten hoffen, die vorhin praktisch identifiziert worden sind mit den Wechselwählern, was wahrscheinlich nicht stimmt. Man wird dann sicherlich aus der Analyse der Entwicklung der Klassenverhältnisse und der Entwicklung des Bewußtseins der Lohnarbeiter, sowie der Angehörigen von Zwischen- und Übergangsklassen, zu Schlußfolgerungen darüber kommen, an welche Bewußtseinsformen der wissenschaftlich-politische Ausdruck der Bewegung zum Sozialismus anzuknüpfen hat, um alle vom Kapital Abhängigen und Unterdrückten in dieses von Dir erwähnte Bündnis überhaupt aufnehmen zu können. Vielleicht war das sehr allgemein, aber allein die Frage zu stellen, mag ein Teil der Antwort sein.

Katzenstein: Ich möchte die Frage des Bündnisses eigentlich als den weiteren Systemkomplex sehen, weil er über die Frage der organisierten fortschrittlichen Kräfte hinausgeht. Ich möchte anknüpfen an das, was vorher zur DKP gesagt worden ist. Ich glaube, es kommt doch als erstes darauf an, überhaupt die Linke zu sammeln, die im Moment wieder sehr zersplittert ist. Das kann natürlich nicht dadurch geschehen, daß man wartet, bis sich Entwicklungen der DKP vollziehen, sondern es kann m.E. nur dadurch geschehen, und es wird auch nur dadurch geschehen, zwangsläufig unter dem Druck der sich jetzt ergeben wird — und zwar meine ich damit sowohl politischen als auch ökonomischen Druck —, daß die anderen ‚Linken‘, auch wenn sie ihre selbständige Linie verfolgen, auch wenn sie sich in manchem von der DKP abgrenzen, doch ihre Gesamtbegrenzung gegenüber der DKP aufgeben, d.h., daß sie sich mit ihr in derselben Richtung bewegen, wenn auch mit im einzelnen unterschiedlichen Auffassungen. Das scheint mir der entscheidende Prozeß zu sein, um zunächst einmal das Fundament herzustellen, das in diesem Gesamtprozeß eine große Rolle spielt. Da beginnt dann eigentlich erst die Frage der Bündnispartner — ich vernachlässige sie gar nicht —, aber ohne die Lösung dieser ersten Frage wird wahrscheinlich die zweite kaum zu lösen sein oder jedenfalls nicht die Rolle spielen.

Jaeggi: Ich halte Deine Einschätzung für viel zu optimistisch. Die Antwort auf den Wahlentscheid wird nicht so sein, daß in naher Zukunft diese Verein-

heitlichung der bestehenden Divergenzen stattfinden wird. Es wird faktisch innerhalb der SPD und der DKP leider nichts passieren. Die internen Strukturen und die internen Programme werden sich kaum verändern. Wenn man von der ‚Linken‘ spricht, so muß man dabei einfach sehen, daß diese in sich dermaßen heterogen ist, daß es unmöglich scheint, diese in irgendeiner Form — die Linken jenseits der SPD oder auch die inklusive der SPD-Linken — in *dieser* politischen Partei zu organisieren.

Katzenstein: Es würde ja schon genügen, wenn es nicht eine Annäherung ist, sondern wenn die Abgrenzung aufgehoben wird. Nehmen wir z.B. die JUSOS. Die JUSOS sind ja im Moment ausgesprochen in der Defensive. Wenn sich in bezug auf die Bewegung der SPD selber — als Gesamtpartei gesehen —, wenn sich hier überhaupt etwas tun soll, dann muß doch zunächst einmal die Abgrenzung gegenüber der DKP aufgehoben — und zwar bewußt, aktiv aufgehoben — sein.

Jaeggi: Für eine Gruppe stimmt das, das trifft aber schon eine längere Zeit zu. Nur ist dies weder eine Mehrheit in der JUSOS-Gruppierung, noch wird sich diese Annäherung innerhalb der JUSOS selbst generalisieren lassen. Auch das wird sich — gerade aufgrund des Wahlergebnisses — sehr wenig ändern. Es wird kaum mit einer Stärkung derjenigen Tradition zu rechnen sein, die offen ist gegenüber einer — zumindest — solidarischen Diskussion mit der DKP. Das Gegenteil ist zu erwarten, und solange die DKP sich nicht ändert, mit berechtigten Argumenten.

Katzenstein: Ich wäre hier eher optimistisch.

Jaeggi: Mag sein, daß sich in den nächsten Monaten und Jahren die Versuche wieder verdichten, eine Partei jenseits der SPD, also zwischen SPD und DKP anzusiedeln. Das wird mit einiger Sicherheit genauso schwer fallen und die Gefahr beinhalten zu mißlingen wie frühere Versuche. Deshalb habe ich vorher schon die These aufgestellt: Über die Transformation der DKP selbst — für mich wäre das die einzige unter den kommunistischen Gruppierungen, die sich anbieten könnte, und zwar gerade über die Entwicklung in den westeuropäischen kommunistischen Parteien — läge hier die Möglichkeit für eine Öffnung, die mindestens Teile — ich meine die ganze Linke bringt es nie auf eine Linie — gruppieren könnte. Auch hier: meine Einschätzung ist pessimistischer.

Herkommer: Also, wenn Du unter Transformation das verstehst, was in der Diskussion manchmal angeklungen ist, nämlich die wirkliche Bewegung aufzunehmen und umzusetzen in taktisches Verhalten angesichts dieser wirklichen Bewegung, wenn man dies also unter Transformation versteht, und nicht, daß die kommunistische Partei den Namen, den sie im Titel führt, aufgeben müßte, das wäre dann für mich die Transformation, von der hier die Rede ist.

Jaeggi: Der Titel bedeutet nicht viel. Ich will ja nur ein Symptom benennen: Die in Westeuropa stattfindende Binnendiskussion im Rahmen kommunistischer Parteien — eine schon weit über die Grenzen hinauslaufende Diskussion — findet in der DKP selbst, jedenfalls nach außen gewendet, an Nicht-DKP-Mitglieder gerichtet, nicht statt. Natürlich liest man auch in kommunistischen Zeitungen, was der oder jener Franzose oder Italiener gesagt hat; aber meistens sind die Stellen, die wirklich den Nerv treffen — sei es, indem man etwa die Sowjetunion kritisiert, sei es, daß man eben auch eine offene DDR-Kritik zuläßt im Rahmen der DKP, was notwendig wäre, um als kommunistische Partei Westdeutschlands glaubwürdig zu sein — unterschlagen oder zumindest verwischt. Bis hinein ins Theoretische: Wer bei uns nicht den wissenschaftlichen Sozialismus so akzeptiert, wie er in Lehrbüchern steht, die starre parteioffiziell oder offiziös akzeptierte Lesarten sind, gilt als Antikommunist. Ich plädiere da-

bei natürlich nicht für einen schrankenlosen Pluralismus, der identisch ist mit einem standpunktlosen Methoden- oder Theoriepluralismus, wie ihn gewisse positivistische Wissenschaften vertreten. Nur: Gerade als Ausdruck der realen Bewegung, also als Ausdruck dessen, was in der heutigen Gesellschaft tatsächlich passiert, können wir nicht mehr davon ausgehen, und *dürfen* wir auch gar nicht davon ausgehen, daß es nur *eine* Einschätzung gibt. Man muß gerade aufgrund der sehr prekären und zum Teil sehr diffusen Situation sehen, daß es notwendig ist, alternative Erklärungen zuzulassen, weil dies auch der Realität entspricht.

Herkommer: Ich finde, es ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt — ob nun unmittelbar auf die DKP bezogen, oder auf die gesamte sozialistische Bewegung, ohne schon an den spezifischen organisatorischen Ausdruck zu denken —, daß dem von den Gegnern in der Öffentlichkeit beharrlich zementierten Eindruck, als wäre der Kommunismus sowohl politisch als auch theoretisch ein monolithischer Block, energisch, und das heißt mit der Sicherheit der Wahrheit, entgegenzutreten ist. Als fände keine Bewegung statt! Ich würde den zuvor gebrachten Begriff, daß das ein Prozeß ist und sich Veränderungen abspielen, unbedingt auf diese Bewegung selbst anwenden.

Katzenstein: Er ist auch darauf anzuwenden. Ich glaube aber, Schwerpunkte hierauf zu setzen, heißt, andere Einflüsse zu übersehen. Daß das kein monolithischer Block ist, das zeigte sich schon früher. Ich meine, es gibt die verschiedensten Wege zum Sozialismus. Was die KPF und die KPI oder die KP Spaniens theoretisch erörtern, ist ja vorher schon theoretisch erörtert worden, ist zum Teil vorher schon in den sozialistischen Ländern praktisch, experimentell erprobt worden. Ich erinnere nur an die Frage der Entwicklung der Landwirtschaft, die in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich gelöst worden ist. Das wird jetzt deutlich in bezug auf Polen; da sind eigentlich gar keine großen Unterschiede in der praktischen Entwicklung in Polen etwa zu dem, was Carrillo vorsieht über die Einbeziehung der Bauern in den Prozeß des Aufbaus des Sozialismus. Und wenn man bei Lenin nachliest, über die Politik der KPdSU in den Jahren der sozialistischen Umgestaltung in der UdSSR — auch hier sind diese Probleme schon theoretisch verarbeitet worden und in derselben Richtung, d.h. ausgehend von der ökonomischen Funktion, die die Bauern im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß haben. Das macht es ja gerade so schwer, daß solche Prozesse *hier* in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt sind, auch nicht diskutiert werden. Oder wenn sie angeführt werden, nicht einmal bewußtseinsmäßig aufgenommen werden. Das ist die eine Seite, die den ganzen Prozeß verzögert. Die Diskussion in der kommunistischen Bewegung ist ja auf dem Tablett. Das zeigt die Konferenz in Berlin, das hat sich vorher schon gezeigt, nicht nur in der Presse im Westen, in der BRD, sondern auch in der DDR sind diese Sachen veröffentlicht worden, schon vor Jahren. Diese Diskussion ist in den Zeitschriften der kommunistischen Parteien geführt worden. Allein, wenn ich die Theorie des Stamokap nehme, gibt es dort die unterschiedlichsten Auffassungen, auch theoretischen Auffassungen.

Jaeggi: Das ist richtig. Es macht aber z.B. einen Unterschied, wie in den theoretischen Zeitschriften in der DDR diskutiert wird und wie in den theoretischen Zeitschriften in Frankreich. Es ist einfach auffällig, welches Spektrum wo zugelassen ist. Und das war vorhin ein Vorwurf an die DKP: Sie läßt im Grunde nur die eine Seite zu, und die andere Seite nur dann, wenn es gar nicht mehr anders geht.

Katzenstein: Nein, das sind sehr oft einfach falsche Einschätzungen. Ich habe das gerade jetzt auf einem Kongreß in Frankfurt erlebt, als ich mit Boccara

gesprächen habe. Es hat sich gezeigt, daß hier einfach Sprachbarrieren sind, daß in Frankreich Diskussionen geführt worden sind, die in der DDR im gleichen Zeitraum und mit den gleichen Ergebnissen wie in Frankreich geführt wurden. Das war völlig unbekannt. Ich wollte aber noch auf etwas anderes hinaus. Ich würde die Frage ‚Entwicklung der DKP‘ mit der Frage der Entwicklung des linken Kräftepotentials nicht so eng verknüpfen. Es ist natürlich ganz klar, daß die DKP von großem Einfluß ist, sogar von entscheidendem Einfluß. Ihr seid derselben Meinung, wenn ich Euch richtig verstanden habe. Einfach von entscheidendem Einfluß, weil sie im Moment die einzige Kraft ist, die wirklich kompromißlos ist.

Jaeggi: Sie ist positiv *und* negativ von entschiedenem Einfluß, im Moment.

Katzenstein: Gut, aber eben von entscheidendem Einfluß und allein auch schon deshalb von positivem Einfluß, weil sie wirklich die einzige Kraft ist, die kompromißlos ist, die nicht nach rechts ausweicht vor den Problemen, die sich der Gesellschaft stellen. Aber alle linken Kräfte, die in der Bundesrepublik vorhanden sind und die ja gar nicht so klein sind — diese ganzen linken Kräfte bewegen sich ja auch unter Einflüssen, die nicht alleine von der DKP ausgehen. Sie werden ja ebenfalls vor Probleme gestellt, vor die auch die DKP gestellt wird, für die sie Lösungen finden müssen. Ich nehme z.B. aus unserem Bereich die Frage der Berufsverbote. Hier werden sie vor Probleme gestellt, hier müssen sie Stellung nehmen. Wir können weitergehen, wenn wir die Frage der Entwicklung des Herrschaftssystems in der Bundesrepublik nehmen. Wir haben das vorhin ventiliert von verschiedenen Seiten: Wie sieht das aus, autoritäres Herrschaftssystem, ja oder nein? Eins hat sich auf alle Fälle herausgestellt — nicht nur, daß wir die Gefahr sehen, es ist auch herausgekommen, daß hier ein Kampf stattfindet, daß das eine Entwicklung ist, die zu steuern ist, daß das eine Entwicklung ist, der man entgegentreten muß. Das sind Probleme, die nicht nur die DKP sieht, wo sie nicht allein Stellung nimmt, das sind ja Probleme, von denen auch die anderen linken Kräfte getroffen werden, zu denen sie auch Stellung nehmen müssen. Sie sind einfach dazu gezwungen, und das ist der Einfluß, wenn man ihn national sieht. Das betrifft die Stellung der linken Kräfte; bei diesen Problemen werden sie irgendwie in eine Linie gedrängt, ohne daß es zu einer Vereinigung kommt, aber in eine Linie gedrängt mit der DKP. Und sie müssen entscheiden, was wichtiger ist: Probleme zu lösen oder die Abgrenzung zur DKP in den Vordergrund zu stellen. Hier kommt auch der internationale Einfluß dazu: Auch die Sozialisten hier, die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik — auch die linken Sozialdemokraten — sind ja nicht alleine, sondern sie sehen ja auch die internationale Entwicklung, beispielsweise den früheren Rückgang der Sozialdemokratie in Frankreich gerade aufgrund ihrer Abgrenzung von der KPF, aufgrund ihrer rechten Entwicklung. Und sie sehen, daß die neue Lebenskraft, die sie gewonnen hat, ihr eben nur dadurch zugewachsen ist, daß sie diesen fortschrittlichen Weg gewählt hat, — zwar in Abgrenzung zur KP, aber eben diesen Weg. Sie sehen den gleichen Prozeß — allerdings auf einer ganz anderen Stufe — in Italien. D.h., das Verdorren der Sozialdemokratie in Italien, gerade weil sie sich an die rechten Kräfte koppelt. Und sie sehen sogar, wie diese Frage des historischen Kompromisses wirkt, d.h. sie sehen, wie selbst innerhalb der christlichen Partei Differenzierungsprozesse hervorgerufen werden, einfach, weil auch diese Partei — die Kräfte dieser Partei sind ja nicht homogen — gezwungen wird, Problemlösungen zu finden, und es eben darum geht, daß diese Problemlösungen auf nicht fortschrittliche Weise, nach rechts gerichtet, nicht zu finden sind. Das sind doch internationale Einflüsse, die sich in analoger Form — vielleicht abgeschwächt, mit Differenzen — hier auch bemerkbar

machen werden.

Herkommer: Dagegen ist nichts zu sagen. Nur hebt es nicht den Einwand auf, daß dieser Prozeß auch entscheidend davon abhängt, wie sich die DKP selber darstellt. Man kann es nicht einfach bei dieser Beharrung der DKP auf ihrem jetzigen Kurs belassen und sich fragen, wie bekommt man die anderen mit rüber, ohne diese Frage selbst zu diskutieren. Wenn also — gerade in der Analogie, die Du jetzt gebracht hast — tatsächlich sich Momente durchsetzen wie in der spanischen, französischen und italienischen KP, dann könnte ich mir diesen von Dir optimistisch dargestellten Prozeß auch vorstellen. Ich würde sagen, daß die DKP hier die einzige Partei ist, die nicht nach rechts ausweicht und im Unterschied zu den anderen Parteien insofern distinkt an den Interessen der Lohnabhängigen festhält. Aber in der Gesamtbewegung des Weltkommunismus stellt sie sich doch als eine der konservativsten dar, in ihrer politischen Taktik und ihrer Organisationsform. Und das war vorher gemeint.

Jaeggi: Die Analogie, so wie Du sie, Robert Katzenstein, vorhin gebracht hast, läßt sich so nicht bringen. Das ist natürlich eine Form des Sich-Abgrenzens, wenn in Frankreich die Sozialdemokratische Partei, die sich historisch ganz anders gegen den Kommunismus, gegen die KPF abgrenzt, eben schon immer Massenpartei war; die jedenfalls zu dem Zeitpunkt, zu dem das geschehen ist, Massenpartei war. Oder ob diese Entwicklung auf der Ebene liegt, daß die SPD — wie immer man sie einschätzt — eben die Loyalität der Werktätigen besitzt, während diejenige Partei, von der gesagt wird, sie sei distinkte Arbeiterpartei, die die Interessen der Werktätigen auszudrücken versucht, aber dies *ohne* diese Werktätigen tun muß (jedenfalls ohne ‚Massen‘). Sie organisiert ja in der Tat nur einen verschwindenden Prozentsatz der tatsächlich Angesprochenen. Und falsch wäre es, zu behaupten, daß die übernationale Schönwetterlage auch bei uns sich zwangsläufig abfärben wird. Natürlich wird sie das, aber wie? Ich halte eine Transformation der SPD noch für denkbarer als eine der DKP. Natürlich liegen die Probleme klar: Die SPD ist Volkspartei und nicht Partei der Werktätigen, sie ist nicht die alte Sozialdemokratische Partei, sondern eben eine sich als modern verstehende Volkspartei, die alle Gruppen ansprechen will; dies hat sogar eine unbestreitbare Logik. Man wird in Zukunft auf die Angestellten, Beamten und Facharbeiter als wachsende Schichten noch stärker Rücksicht nehmen, und das entspricht ja auch der Bündnispolitik der romanischen kommunistischen Parteien. Nur: bei uns haben fast sämtliche Berufsgruppen, was die eigene Entwicklung anbetrifft, überhöhte Erwartungen und überhöhte Ängste, was — überspitzt gesagt — die Entradikalisierung z.T. zumindest erklärt; auch erklärt, weshalb die SPD das erfolgreiche Sammelbecken darstellt und darstellen wird, jedenfalls auf absehbare Zeit.

Katzenstein: Ich würde den Prozeß eher über eine Spaltung der Sozialdemokratie sehen (Jaeggi: Ist möglich.). Diese ganze Entwicklung der Kräfte — wenn wir die Frage der DKP und der KPF nehmen —, das ist doch auch eine Frage des Handlungsspielraumes. Der Handlungsspielraum der KPF ist ja gewachsen mit der Massenbasis der fortschrittlichen Kräfte. Ich meine damit nicht die Massenbasis, die die KPF unmittelbar hatte, sondern die Massenbasis, die die fortschrittlichen Kräfte überhaupt hatten; die sich auch in der Entwicklung der Sozialisten abzeichnete. Und ganz ähnlich sind die Handlungsspielräume natürlich auch gegeben bei den linken Kräften in der BRD und bei der DKP in der BRD. Als Massenpartei hat die DKP einen ganz anderen Handlungsspielraum als als kleine Partei. Und hier laufen verschiedene Prozesse in Wechselwirkung aufeinander ab. In gewissen Grenzen kann man eine Analogie zur Kohäsion in der Physik sehen: Wenn die linken Kräfte in einer Gesamtbewegung nach rechts

mitgezogen werden — nicht, weil sie nicht mehr ‚links‘ wären, das wäre schon eine andere Stufe, sondern wegen dieser Haftungskraft, die hier wirkt —, so löst sich dann irgendwann notwendig die Haftung zu den Kräften nach links. Das ist ja der Zersplitterungsprozeß, den wir gegenwärtig sehen. Die Grenzen, wo sich die Haftung lockert, werden wohl durch den jeweiligen Erkenntnis- oder Bewußtseinsstand bestimmt. Deshalb setzt hier ja auch die Kritik an der DKP an. Man sieht wohl nicht die ganze Vielfalt der Prozesse und Kräfte, die hier wirken. Man glaubt, daß die Stoßkraft der linken Kräfte schnell gesteigert werden könnte, wenn die DKP in mancher Hinsicht aufgeschlossener wäre. Da ist auch sicherlich was dran. Da kann sogar sehr viel dran sein; wir haben ja gerade vorhin diskutiert, wie eine Partei als bewußtseinsbildende Kraft Prozesse in Gang setzen oder verhindern kann. Man unterschätzt aber auch die notwendigen objektiven Grundlagen für einen solchen Prozeß. Die Stoßkraft der linken Kräfte hängt entscheidend von dem gegebenen Entwicklungsgrad des Klassenwiderspruches ab. Innerhalb des Spektrums der linken Kräfte laufen also eine ganze Reihe von Prozessen parallel. Ich bin aber nicht so pessimistisch, daß ich sagen würde, daß die gegenwärtige Zersplitterung andauert, sondern ich bin so optimistisch, daß ich sagen würde, daß das, was in der Vergangenheit die Tendenz bestimmt hat, was sich vereinzelt auch dort, wo die DKP sich an bestimmten Orten schon profilieren konnte, gezeigt hat, nämlich, daß hier eine Sammlung von linken Kräften stattgefunden hat, daß das weiter stattfinden wird. Aus denselben Ursachen heraus, einfach hervorgerufen durch die Notwendigkeit, für die gemeinsamen Probleme Lösungen zu finden und durchzusetzen. Das mag zunächst nur eine Sammlung nicht voll vereinigter Kräfte, parallel wirkender Kräfte sein. Das ist sogar wahrscheinlich. Aber die Gemeinsamkeit wird ja auch als Kraftpotenz spürbar und deshalb wird sie auch die Gesamtbewegung mehr und mehr bestimmen.